

## Apropos



## Her mit dem A5-Anschluss

Weltwirtschafts- und -finanzkrise waren gestern. Eyjafjallajökull (genau so hieß der Aschespeier aus Island) sowieso. Die Luft über dem Baden-Airport ist längst wieder rein, die Söllinger haben jetzt endlich wieder die Nase oben. Nicht, weil sie hochnäsiger wären, sondern weil sie einen – wie heißt es so schön – einen guten Job machen und wieder die Lufthoheit besitzen. Das ehemalige Spargel-Airpörtle hat sich zu einem internationalen Flughafen auf aktuellem Stand der Technik gemauert. Und das Szenario Steigflug greift wieder. Daran kann auch die unsinnige, weil nicht EU-weite und damit den Wettbewerb verzerrende Luftverkehrsabgabe nichts existenziell ändern. Wobei die Summe aus Steuern, Gebühren und Kerosinzuschlag heute schon hoch genug ist und reichen müsste. Und auch so manch falsche Markteinschätzungen der Reiseveranstalter (zur Freude von Ryanair) konnten den Motor der Jobmaschine FKB nicht abwürgen.

Die Probleme liegen also weniger in der Luft als vielmehr am Boden. Und sie sind – wie so oft in diesem Land – Ausgeburt ausufernder Bürokratie, notorischer Bedenkenträger und eines, ja man muss es leider sagen, schieren Öko-Wahns.

Die Notwendigkeit eines eigenen Autobahnanschlusses ist unbestritten. Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, muss man nicht unbedingt an den Zufahrtsstraßen in Rheinmünster oder Hügelsheim (bis zu 17 000 Kfz-Einheiten täglich) leben. Mit der Variante 1 (Halberstung/Schiftung) war die flächenschoneste auch schon ausgeguckt, unter Inanspruchnahme des vorhandenen Straßennetzes der L80 und K3761. Ja, sie müsste dem ursprünglichen Zeitplan zufolge längst in der Realisierungsphase sein. Das Brückenbauwerk bei Halberstung im Zuge des A5-Ausbaus wird darauf derzeit ausgelegt.

Stattdessen aber wird nun nochmals geprüft, diesmal die Variante 5: mit erheblich größerem Flächenbedarf und massiven Beeinträchtigungen für Hügelsheimer Wohngebiete. Kein Wunder also, dass sich der Gemeinderat des Spargeldorfs strikt gegen eine solche Lösung ausspricht.

Belebt – realistisch – also Variante 1. Ihr Nachteil: Die 1,3 Kilometer lange Neubaustrecke durchschneidet FFH-Gebiet. 11,5 Millionen Euro sollen allein in ökologische Ausgleichsmaßnahmen fließen: in Tunnels und Brücken für Amphibien, Wildkatzen, den Ziegenmelker (eine Vogelart), Rehe und Wildschweine – und damit mehr als in den eigentlichen Straßenbau. Eine absurde Geldverschwendung in Zeiten angeblich leerer Kassen. Damit kein falscher Zungenschlag aufkommt: Ausgleich muss sein, aber bitteschön alles im Rahmen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass bei dieser Variante die Zufahrtsstraße zum „Schiftunger Tor“ geschlossen und 0,6 Hektar entsiegelt und damit Weitenung sowie Leiberstung als Zuwegung in den Airport wegfallen würden.

Der Mensch steht zwar auf keiner „roten Liste“, schützenswert ist aber auch er. Landesverkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) sollte sich – völlig ideologiefrei, sondern ganz pragmatisch – des Themas intensiv annehmen. Er ist immerhin der Aufsichtsratsvorsitzende der Baden-Airpark GmbH. Und auch die neue Regierungspräsidentin Nicolette Kressl ist da gleich gefordert. **Gerold Hammes**

## „Plan B“ kommt nicht zum Zug

Langlauf: Mathias Reidel erfüllt Vertrag

**Schwarzwaldhochstraße (gero) – Ein kommunales Betreibermodell für den organisierten Langlauf entlang der Schwarzwaldhochstraße ist vom Tisch: Der Inhaber des Langlaufcenters Herrenwies, Mathias Reidel, will seinen bis 2019 laufenden Vertrag erfüllen – vorbehaltlich der Zustimmung seiner Hausbank. Die Signale stünden indes auf Grün.**

Damit geht Reidel auf das Angebot des Loipenförderkreises ein, der eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 5 000 auf 15 000 Euro offeriert hatte. Reidel indes wollte das Finanzierungsmodell („nicht mehr zukunftsfähig“) neu strukturieren. Dazu gehörte unter anderem, dass die Saisonplakette künftig 50 Euro (derzeit 25) kosten und die Tagesplakette von fünf auf acht Euro angehoben werden sollte. Das aber machte der Förderkreis, dem 14 Gemeinden, der Skiverband Schwarzwald I und das Regierungspräsidium Freiburg angehören, nicht mit.

Dennoch lenkte Reidel nun ein. Allerdings möchte er „auf jeden Fall“ einen Verein gründen, um über Mitgliedsbeiträge oder Spenden weitere Einnahmequellen zu erschließen.

Der Forbacher Bürgermeister und Sprecher des Loipen-

förderkreises, Kuno Kußmann, zeigte sich optimistisch, dass Reidel mit seiner Bank klar kommt. Er ist überzeugt: „Das klappt, und Herr Reidel wird seine Sache auch weiterhin gut machen.“ Von einer Erhöhung der Plakettenpreise halte der Förderkreis überhaupt nichts: Das würde „den Rahmen sprengen“, zumal in anderen Wintersportgebieten des Nord-schwarzwalds – beispielsweise auf dem Kaltenbronn – das gespürte Loipennetz unentgeltlich zur Verfügung stehe. Kußmann verhehlt nicht, dass im Falle einer vorzeitigen Vertragsauflösung „Plan B“ mit einer kommunalen Betreibergesellschaft zum Zuge gekommen wäre.

Mathias Reidel schmiedet bereits Pläne für die nächste Saison: An den Wintersportplätzen Hundseck, Unterstmatt und Seibelseckle möchte er Container aufstellen, um dort den Langläufern beim Einstieg in die Loipen eine Anlaufstation und dem Personal einen Wetterschutz zu bieten. Er geht davon aus, dass es vonseiten der Genehmigungsbehörden „keine Schwierigkeiten gibt“. Seine Doppelbachhütte auf Herrenwies will er wieder ab 16. Juni an Wochenenden öffnen und damit rechtzeitig zum Naturpark-Höhenwandertag, der tags darauf stattfindet.



Wahlkampfpplakate 1970 in Bühl: Links das der Gegner Baden-Württembergs, rechts das der Befürworter.

Fotos: pr

## „Wir freuen uns, Badener zu sein“

Paul Güde war bei der Volksabstimmung 1970 an vorderster Front dabei

Von Joachim Eiermann

**Bühl – Der Traum von der Wiederherstellung des Landes Baden war am 7. Juni 1970 endgültig zerplatzt. Das Ergebnis der Volksabstimmung schmerzte insbesondere in der badischen Hochburg Bühl. Vor den TV-Kameras des Südwestfunks, der im Gasthaus Schwanen ein Studio eingerichtet hatte, standen enttäuschte Wahlkämpfer. Vergeblich hatten sie für ein eigenständiges Baden gestritten. Ganz Deutschland nahm Notiz von dieser Volksabstimmung, die ein Bundesland hätte spalten können.**

81,9 Prozent der Teilnehmer am Volksentscheid votierten für einen Verbleib von Baden im gemeinsamen Land Baden-Württemberg. Immerhin: „Das Bühler Ergebnis war respektabel“, sagt Paul Güde, der sich an vorderster Front für Baden verkämpft hatte, heute im Rückblick. Er kann darauf verweisen, dass der damals noch existierende Landkreis Bühl Platz zwei hinter dem Stadtkreis Karlsruhe belegte, was den Willen einer Neuordnung betraf. 32,2 Prozent der Wähler in Bühl, Achern und den anderen Kreisgemeinden hatten für die Wiedererlangung der Selbstständigkeit votiert, in Karlsruhe-Stadt waren es 36.

## Zum Thema

## Auf verlorenem Posten

**Bühl (jo) – Der Landkreis Bühl war einst eine badische Hochburg. Bei der ersten Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 votierten 90 Prozent der Kreisbewohner von Sinzheim bis Seebach für ein Land Baden und gegen die Bildung des Südweststaates, es war das landesweit beste Ergebnis aus badischer Sicht. Insgesamt hatten 53 Prozent der Badener die Wiederherstellung ihres Landes gewollt – allein 59 Prozent in Südbaden, zu dem Bühl damals gehörte. Entscheidend war jedoch das Ergebnis aus Nordbaden, wo 57 Prozent den Südweststaat befürworteten, ebenso wie die Bevölkerung in Württemberg. Der Heimatbund Baden klagte beim Bundesverfassungsgericht. Dieses entschied 1956, dass die badische Bevölkerung nochmals abstimmen durfte.**

In Bühl (damals noch ohne Eingemeindungen) stimmten 29,5 Prozent für ein eigenständiges Baden. „Darauf waren wir vergleichsweise stolz“, erinnert sich Güde.

„Der Schwanen war unser Treffpunkt“, schildert er: „Auf der einen Seite des Gastraums saßen die Rentner, am anderen Stammtisch die jungen Leute.“ Menschen wie er: 28 Jahre jung, Agrar-Ingenieur, seit zwei Jahren Gutsverwalter des Aspichhofs in Ottersweier. Die wilde 68er-Bewegung war noch frisch und steckte an: Auch in Bühl herrschte etwas Aufbruchstimmung, die Badenfrage kam gerade recht. „Das war ein gefundenes Fressen, um ein bisschen Krawall zu machen. Da hat sich der Baden-Fanclub wie selbstverständlich gebildet.“

Güdes Aufmüpfigkeit paarte sich mit politischer Bewusst-



Paul Güde stritt 1970 für die Wiederherstellung des Landes Baden.

Foto: Margull

## 900 Jahre Baden



seinerzeit Bundesanwalt war und später Generalbundesanwalt wurde. „Mein Vater war kein Altbadener, hielt aber das Verfahren der Abstimmung für unrechtmäßig, was das Bundesverfassungsgericht später auch so gesehen hat.“

Erst auf Initiative seines Vaters, der von 1961 bis 1969 auch CDU-Bundestagsabgeordneter war, sei die Abstimmung wiederbelebt worden, erzählt Güde. Insofern habe er auch eine „moralische Berechtigung“ verspürt, das badische Anliegen bei der Volksabstimmung 1970 zu unterstützen.

Schnell stellte die kleine Gruppe von etwa 15 Studenten und anderen jungen Erwachsenen fest, dass ihr Anliegen Widerhall in der Bevölkerung fand. Mit dem Heimatbund Badenerland verband sie zwar das gleiche Ziel, „aber die haben wir Jungen nur mit gerümpfter Nase wahrgenommen“, erinnert sich Güde. „Das waren für uns Altbadener im doppelten Sinne.“ Außerdem gehörten sie zum Establishment, gegen das man schließlich aufbegehren wollte.

Noch heute amüsiert Güde, was er bei einer „Gründungsversammlung“ in Offenburg erlebte. Traditionalisten mit Zylinder und Bratenrock (langer Frack mit Schwalbenschwanz) wollten an die historische Offenburgerversammlung von 1847 anknüpfen, bei der die Grundrechtsforderungen erhoben worden waren, die zur Badischen Revolution geführt hatten. „Das war keine

Maskerade, die haben das ernst gemeint.“

Die Jung-Badener im Landkreis Bühl betrieben ihre eigenen Wahlkampf-Versammlungen und suchten gezielt Veranstaltungen des Regionalkomitees „Vereintes Baden-Württemberg“ auf. Sie attackierten den politischen Gegner, insbesondere den Landtagspräsidenten Camill Wurz (Baden-Baden), der – 1951 noch Befürworter eines Bundeslandes Baden – in ihren Augen schmählich die Seiten gewechselt hatte. Protestplakate und gellende Pfiffe empfangen den Freiburger Ministerpräsidenten Hans Filbinger, der zwei Tage vor der Abstimmung überraschend zu einer Kundgebung nach Bühl ins Haus Alban Stolz kam. Mit Fistelstimme habe Filbinger den Demonstranten zugerufen: „Ihr Badener, macht mir keine Schwabenstreiche!“

„Wir haben viel Unsinn verzapft“, grinst Güde mit dem Abstand von mehr als 40 Jahren. So sei „allen Ernstes“ über eine Zusammengehen Badens mit der Pfalz diskutiert worden. Auf die Frage: „Angenommen, die Abstimmung hätte Erfolg gehabt?“, antwortet er sofort: „Das wäre ein großer Fehler gewesen.“ Die erfolgreiche Entwicklung des gemeinsamen Landes gebe den Gegnern Recht. „Aber wir freuen uns immer noch, dass wir Badener sind“, schiebt er nach.

Als Erwin Teufel zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, ergab es sich, dass ihn sein Antrittsbesuch im Landkreis Rastatt auf den Aspichhof führte. Gutsverwalter Güde ließ demonstrativ die badische Fahne hissen. Dem verdutzten Gast gab er zu verstehen: „Eine andere haben wir nicht.“

## Vom Landrat zum Rapport einbestellt

Güde hatte sich als Beschäftigter des Kreises im Wahlkampf weit aus dem Fenster gelehnt. Landrat Erwin Trippel bestellte ihn deshalb zum Rapport ein und bescheinigte dem jungen Mann mit bedeutungsschwangerer Stimme eine „unglückliche Liebe zur Politik“. Dass ein Baden-Werbespot für „ein modernes neues Bundesland am oberen Rhein“ sichtbar am Aspichhof gedreht worden war, kam bei der auf Neutralität bedachten Obrigkeit ebenfalls nicht gut an.

„Wir haben viel Unsinn verzapft“, grinst Güde mit dem Abstand von mehr als 40 Jahren. So sei „allen Ernstes“ über eine Zusammengehen Badens mit der Pfalz diskutiert worden. Auf die Frage: „Angenommen, die Abstimmung hätte Erfolg gehabt?“, antwortet er sofort: „Das wäre ein großer Fehler gewesen.“ Die erfolgreiche Entwicklung des gemeinsamen Landes gebe den Gegnern Recht. „Aber wir freuen uns immer noch, dass wir Badener sind“, schiebt er nach.

Als Erwin Teufel zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, ergab es sich, dass ihn sein Antrittsbesuch im Landkreis Rastatt auf den Aspichhof führte. Gutsverwalter Güde ließ demonstrativ die badische Fahne hissen. Dem verdutzten Gast gab er zu verstehen: „Eine andere haben wir nicht.“